Antifaschistische Zeitung Kiel · Ausgabe 4 · Dez. '88 · 1,50,–



Diskussion: Pro und Contra Verbotskampagne

50 Jahre Reichspogromnacht

Nazi-Terror in Kiel

NPD macht erneut Rückzieher

Große Anfrage der SPD

Bleibt Nazi-Terror unbestraft?



Inhaltsverzeichnis

Liebe LeserInnen

beginnen wir diese Ausgabe der ATZE mit einer sehr erfreulichen Nachricht: die ATZE Nr. 3 war recht schnell ausverkauft - ein Erfolg, den wir so nicht erwar= tet hatten.

Auch die veränderte Aufmachung und der Inhalt sind überwiegend gut angekommen. Wir bemühen uns auch weiterhin, Anregungen und Kritik zur Verbesserung der ATZE zu nutzen. Die Auflage haben wir angesichts der insgesamt erfreu= lichen Entwicklung deutlich er= höht.

Auch in dieser Ausgabe findet Ihr Informationen über Aktivitä= ten von Faschisten in Kiel und Schleswig-Holstein. Dazu natür= lich Artikel und Meldungen über antifaschistische Veranstaltun= gen und Diskussionen. Besonders die Frage des Verbots bzw. der Auflösung faschistischer Organi= sationen hat in dieser Ausgabe ihren Platz.

Wir bitten um Verständnis, daß in der letzten Ausgabe bei zwei Artikeln Textabschnitte verlo= rengingen. Sie sind daher neben= stehend noch einmal abgedruckt.

Wenn Ihr Kritik, Fragen oder An= regungen zu einzelnen Artikeln oder zur Gesamtgestaltung habt - wir freuen uns, von Euch zu hö= ren.

Viel Spaß beim Lesen !

Ergänzung FAP-Artikel / ATZE 3

Kieler Neonazis der FAP sind darüber hinaus auch an bundesweit geplanten Aktivitäten beteiligt. Ende Mai 1987 findet in Kellinghusen (Kreis Stein= burg) ein Treffen statt, zu dem hoch= karätige Führer der FAP anreisen. Ob= wohl es in den Monaten vorher in der Kleinstadt immer wieder zu Schmierak= tionen, körperlichen Angriffen und zu Propaganda-Aktionen seitens der Nazis gekommen ist, veranlasst die Polizei israelische Sportschützen zum Verlas= sen des Versammlungslokals und sicher= te den Nazis An- und Abreise gegen die protestierenden AntifaschistInnen.

Als der Kühnen-Flügel eine Kampagne zur Freilassung ihres Führers Kühnen

Ergänzung Interview mit BI / ATZE 3

Auf unseren ersten Veranstaltungen

ATZE · Antifaschistische Zeitung Kiel
Herausgeber: Antifa-Plenum Kiel
Ausgabe: Nr. 4, Dezember 1988
Auflage: 500 Stück
V.i.S.d.P.: T. Carstensen

Prozeß gegen Faschisten

Am 17.November wurde vor dem Kieler Amtsgericht ein Überfall verhandelt, der etwa ein Jahr vorher stattgefunden hatte. Damals saß Karsten W. in einem KVAG-Bus; in Gaarden stiegen zwei Jugendliche zu. Als einer von ihnen mit schräg nach oben ausgestrecktem Arm, dem "Deutschen Gruß", durch den Bus geht, fordert Karsten W. ihn auf, dies zu unterlassen. Daraufhin fallen Begriffe wie "Kommunistenschwein" und "früher hätten sie dich vergast" sowie massive Bedrohungen. Sogar von "abstechen" ist die Rede. Als Karsten W. am Hauptbahnhof aussteigt, wird er dort von den beiden Männern zu Boden gerissen und zusammengetreten. Erst der Ruf eines Passanten "Die Bullen kommen" veranlasst die Schläger zur Flucht.

Jörg I. gibt die Beteiligung an der Tat während des polizeilichen Verhörs zu, versucht sie jedoch wie auch im Prozeß zu verharmlosen. Während der Verhandlung erdreistet er sich gar,das Opfer der Lüge zu zeihen und behauptet, sich bei Karsten W. entschuldigt haben zu wollen. Solche Ausflüchte scheinen auf den Staatsanwalt Eindruck gemacht zu haben; er fordert letztlich eine Woche Jugendarrest und eine Geldbuße. Die Richterin, die während der Verhandlung konsequent von "Nazis" gesprochen hatte, ging in ihrem Urteil deutlich über diesen lächerlichen Antrag des Staatsanwalts hinaus. 1ooo.- DM Geldbuße als Schmerzensgeld an das Opfer und vier Wochen Jugendarrest für Jörg I. - er macht nicht den Eindruck, als ob ihm dieses Urteil zu denken gibt.

Zu denken geben sollte jedoch die Behandlung des politischen Aspekts bei diesem Prozeß. So konsequent die Richterin die Täter als "Nazis" bezeichnete, so wenig bemühte sie sich darum, mögliche Hintergründe aufzudecken.Dazu hatte vielleicht beigetragen, daß die Staatsanwaltschaft bereits im Vorfeld des Prozesses darauf verzichtet hatte, den "Hitlergruß" mit Hilfe des § 86a StGB zu verfolgen. Dabei waren im Zusammenhang mit einer Hausdurchsuchung bei Jörg I. u.a. Handschuhe mit aufgemalten Hakenkreuzen gefunden worden. So muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen bleiben, ob die beiden mit Messern und einem Gasrevolver bewaffneten Schläger engere Kontakte zur Kieler Nazi-Szene hatten.

Bleibt Nazi-Terror unbestraft?

23. Januar 1988. Früher Morgen. Erneut werden im Buchladen "ZAPATA" die Fensterscheiben zerstört. Doch diesmal gelingt es den Tätern nicht, wie so oft zuvor, unerkannt zu entkommen.

Eine alarmierte Polizeistreife nimmt unweit des Tatorts drei junge Männer fest. Die Zeugenbefragung ergibt, daß zwei der Überprüften mit einer Eisenstange die Fenster zerschlagen hatten. Der dritte befand sich nicht im Blickfeld des Zeugen. Er trug jedoch eine Gaspistole bei sich. Stand er an anderer Stelle "Schmiere"? Eigentlich, so sollte man meinen, alles klar. Und dennoch bleiben einige Fragen.

Vom politischen Hintergrund ist nirgends die Rede

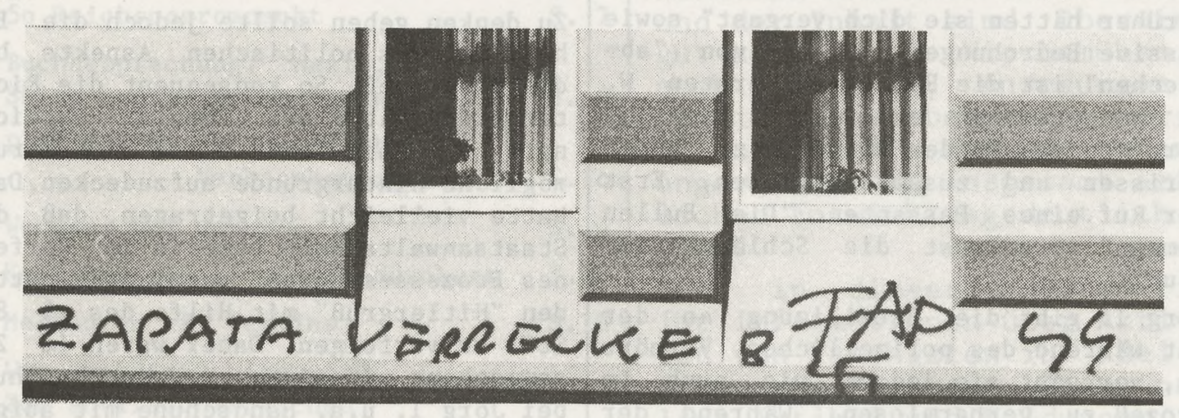
Die Ermittlungen in dieser Sache führte das Kommissariat 25 der Kriminalpolizeidirektion Mitte. Dabei handelt es sich um die Politische Polizei. Warum findet sich in den Akten nicht der geringste Hinweis auf die politische Motivation der Täter? Diese haben zwar die Aussage verweigert bzw. sind gar nicht erst der Vorladung zur Polizei gefolgt - aber AntifaschistInnen - und, so dürfen wir annehmen, auch der Politischen Polizei - sind sie wohlbekannt:

Matthias Peter Schnoor, 19 Jahre alt, gehört der Neonazi-Partei FAP an. Er zeichnet nicht nur presserechtlich für Aufkleber verantwortlich, auf denen die FAP gegen ausländische KollegInnen hetzt; über ihn ist auch die Zeitung "Der Kampfruf" zu beziehen. Diese ist vor kurzem in der vierten Ausgabe er=

schienen und ist die Zeitung der FAP für den "Gau Nordmark".

Markus Dornseif, 21 Jahre alt, wohnt in Kiel-Mettenhof. Auf den Namen Martina Dornseif ist der grüne Opel-Ascona mit dem Kennzeichen KI-MC 59 angemeldet. Dieser Wagen ist u.a. im Mai 1987 in Kellinghusen gesehen worden, als dort Neonazis von der FAP, von der Polizei geschützt, ein Treffen abhielten.

FAP-Ableger EK 1 ans Tageslicht, daß V-Männer der Polizei und des Verfassungsschutzes als Mitglieder der Nazi-Gruppe Schießübungen, Einbrüche und Waffendiebstähle geschehen liessen, ohne einzugreifen. Am Ende stand dort ein Toter: der siebzehnjährige Roger Bornemann wurde von seinen Nazi-Kumpanen ermordet, weil er bei der Polizei ausgesagt hatte, u.a. gegen Bernd Futter, den Chef der Nazi-Gruppe EK 1,



Diese Fakten dürften der Polizei ebenso bekannt sein, wie die Tatsache, daß dem Buchladen bereits wiederholt die Scheiben eingeschlagen wurden. Zuletzt geschah dies Ende Juli, als zwei Fensterscheiben mit Steinen eingeworfen wurden. Damals bekannte sich ein "SA-Sturm/FAP" zu diesem Überfall.

Obwohl also die Erkenntnise bereit seit langem für eine Prozeßeröffnung reichen, geschieht nichts. So fühlen sich die Nazis immer wieder ermuntert, den organisierten Terror zur Einschüchterung einzusetzen. Und vom Ärger und Zeitverlust ganz zu schweigen, der z.B. mit der Versicherung folgt.

Warum geschieht nichts ?

Diese Frage stellt sich zurecht. Worauf warten Ermittlungsbehörden und Anklagevertretung? Daß der organisierte Terror der Nazis auch in Kiel einen ersten toten Menschen fordert...? Daß die Nazis ihre Drohung "Zapata verrekke!" wahr machen ?

Oder sollte die Ursache des Zögerns sein, daß in Kiel die Situation ähnlich wie in Hannover ist? Dort kam im Zusammenhang mit Prozessen gegen den der auch die Polizei mit Informationen versorgte und an mehreren Brandanschlägen beteiligt war. Haben Polizei und Verfassungsschutz auch bei uns ihre Finger im braunen Sumpf ? Findet sich hier eine Erklärung für die Verschleppung der Anklage......?



Ungebetene Gäste

Der Vorfall

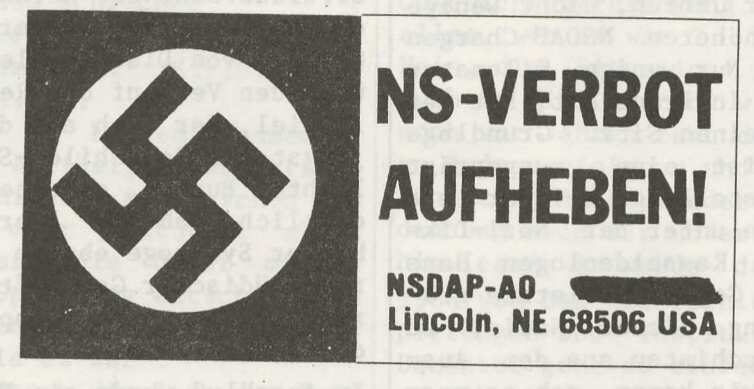
Am 29.9.1988 tauchten im Kommunikationszentrum "Die Pumpe" gegen 23 Uhr ca. 15-20 Neonazis auf, die z.T. in Kiel bekannt sind, z.T. aus dem Itzehoer Raum kommen. Es kam im Vorraum zu Provokationen ihrerseits Leuten gegenüber, die schon äußerlich ihrem Feindbild entsprechen. Dann teilten sie sich in 3 Gruppen auf, von denen eine in die Kneipe im Erdgeschoß, eine in die oberen Stockwerke (hier befinden sich nur Veranstaltungsräume) und die dritte Grupe in den "Roten Salon" im Keller, wo wie mittwochs üblich Disco war, ging. Ihrem Verhalten nach suchte die Gruppe gezielt bestimmte Leute, möglicherweise Punks, oder AntifaschistInnen. Offenkundig hatten sie hierbei keinen Erfolg und verließen dann unter lautem Gröhlen von "Sieg Heil" und anderen Nazi-Parolen die Pumpe. Dabei hinterließen sie Hakenkreuz-Aufkleber der NSDAP/AO (AO steht für Aufbauorganisation; es handelt sich um eine Nazi-Organisation in den USA, von der massiv verbotenes Propagandamaterial in die BRD kommt), und welche der FAP.

Reaktionen der BesucherInnen

... auf diesen Vorfall gab es nicht, zumindest keine sichtbaren. Weder während der Anwesenheit der Faschisten noch danach war eine Äußerung etwa zu dem "Sieg-Heil"-Gegröhle zu vernehmen. Einzelne anwesende Antifaschisten sahen angesichts der Übermacht der Nazis von Konfrontationen ab. Ähnlich mögen viele andere BesucherInnen ein Gefühl von Vereinzelung, dazu von Hilflosigkeit und Angst empfunden haben. Und gerade das ist es, wodurch Faschisten immer wieder Raum gelassen wird für ihre Provokationen und Übergriffe. Es gibt ein allgemein zu gering verbreitetes antifaschistisches Grundklima, das Menschen die Sicherheit vermittelt, nicht alleine den Nazis gegenüber zu stehen. Dabei zeigen Dinge wie die erfolgreichen Aktivitäten zur Kneipe "Na und" oder die Vorfälle in der Pumpe am 20.4.1988, wo die BesucherInnen Polizisten mit einem Skin im Gefolge den Zutritt zu einer antifaschistischen Veranstaltung verwehrten, daß Handeln gemeinsam möglich ist. Niemand sollte ein derartiges of=fenes Auftreten von Faschisten egal sein. Denn wenn ihnem einmal zu viel Raum überlassen wird, bleibt es bekanntermaßen nicht beim Gröhlen von Parolen oder Verkleben von Aufklebern.

... und der Pumpe

Auch seitens der Pumpe, d.h. der anwesenden MitarbeiterInnen, war keine Reaktion sichtbar.
Dies ist insofern verständlich, als es schließlich nicht zu größeren Über=griffen der Nazis kam, die Ruhe also gewahrt wurde. Zu fragen ist aller=dings, welcher Begriff der Ruhe dem zugrunde liegt. Ist denn wirklich nichts passiert, wenn ein Trupp Neo=nazis unbehelligt in der beschriebenen Weise auftreten kann?
Sieht die Pumpe das Problem des mangelnden antifaschistischen Grundklimas und in wie weit sieht sie das auch als ihr Problem an?



Aufkleber dieser Art hinterliessen die Neonazis in der PUMPE

Die BI Kiel-Süd aktiv

Die Antifaschistische Bürgerinitiative Kiel-Süd ist weiter aktiv. Gleich zwei wichtige Termine waren im November zu bewältigen.

Am 7.November war ein Vertreter der BI in die Altentagesstätte Fockstrasse geladen, um bei einer öffentlichen Mitgliederversammlung des Ortsvereins Kiel-Süd der SPD über neofaschistische Umtriebe in Schleswig-Holstein zu berichten. Vor etwa 3o interessierten ZuhörerInnen, von denen einige die Zeit der Nazi-Aufmärsche in der Weimarer Republik und das anschließende Terror-Regime persönlich miterleben mußten, stellte der Referent einige Stützpunkte des organisierten Neofaschismus in Schleswig-Holstein vor.

Von dem kleinen Dorf Struckum in der Nähe Husums bspw. betreibt Roland Bohlinger den Vertrieb der im "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" aufgelegten Bücher. Dabei handelt



Hatte sich für die Verhandlung vor dem Landgericht in Sonderburg Unterstützung aus Hamburg geholt: Thies Christophersen (links) mit Jürgen Rieger, der sich bereits als Anwalt von Neonazi Michael Kühnen einen Namen gemacht hat.

es sich vor allem um Nachdrucke aus den 3oer und 4oer Jahren, nicht wenige davon sind von höheren NSDAP-Chargen verfasst worden. Nur wenige Kilometer weiter nördlich, in Bredstedt, hat der NORDISCHE RING seinen Sitz. Grundlage seines Wirkens ist eine ausgeprägt rassistische Einstellung, bei der sie sich u.a. auf den unter der Nazi-Diktatur populären Rasseideologen Hans Günther stützen. Gegen die letzte größere Veranstaltung dieser Nazis, zu der 1986 auch Faschisten aus dem Ausland nach Schleswig kamen, gab es massive Proteste von AntifaschistInnen.

Auf derselben Höhe wie Bredtstedt, jedoch weiter im Osten dieses Bundeslandes liegt Mohrkirch, sehr lange Jahre Wirkungsstätte des nach Dänemark geflüchteten Neonazis Thies Christophersen. Als Autor des Buches "Auschwitz-Lüge", in dem die millionenfachen Morde in den KZ der Nazis geleugnet werden, läßt Christophersen heute die von ihm herausgegebenen Hetzschriften "Die Bauernschaft" und "Kritik" über die Grenze in die BRD schmuggeln. Zuletzt geriet Christophersen in die Schlagzeilen, als die Behörden der BRD nach Jahren des Nichtstuns vergeblich die Auslieferung beantragten.

In der südöstlichen Ecke Schleswig-Holsteins wurde 1982 der "Arbeitskreis Europa der Vaterländer" gegründet. Mit Sitz in Ratzeburg ist er der sogenannten "Braunzone" zuzurechnen, also denjenigen Organisationen, in denen CDU-Mitglieder einträchtig mit Faschisten, z.B. von der NPD zusammenarbeiten. Der AEV entschloss sich 1985 zur Unterstützung der REPUBLIKANER - aus taktischen Gründen, da die NPD in der Öffentlichkeit zu negativ belastet sei.

Mit Berichten über das Auftreten und die Strategie der bundesweit organisierten NPD, REPUBLIKANER und FAP endete der Vortrag. Nachdem der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Selzer die Grosse Anfrage seiner Fraktion vorgestellt hatte, ergab sich noch ausführlich Gelegenheit zu Fragen und zur Diskussion.

Nur zwei Tage später führte die Bürgerinitiative in den Räumen des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt eine Veranstaltung im Zusammenhang mit der 5o.Wiederkehr der Reichspogromnacht durch. Über 3o BesucherInnen verfolgten den von Dias begleiteten Vortrag über den Verlauf der Reichspogromnacht in Kiel, der sich auf die Angaben des jüngst von Hauschildt-Staff veröffentlichten Buches stützte. Dabei wurde deutlich, daß die Inbrandsetzung der Kieler Synagoge ebenso wie die Zerstörung jüdischer Geschäfte wie in anderen Städten zentral geplante Aktionen der Nazis waren.

Im Anschluß wurde ein Film gezeigt,der verbreitete Vorurteile gegenüber Aus=

länderInnen und die Versuche organi=
sierter Neonazis, hieraus Kapital zu
schlagen, dokumentiert.
Mit einigen Aspekten setzte sich dann
der abschließende Vortrag auseinander.
Zunächst wurde in einem geschicht=
lichen Abriß deutlich gemacht, daß wir
durch die Einwanderung von Menschen
aus den unterschiedlichsten Gegenden
der Erde in den vergangenen Jahrhun=
derten bereits in einer multikulturel=
len Gesellschaft leben. Trotzdem wird
den AusländerInnen verbreitet mit Miß=
trauen und Distanz begegnet, wie es
sich bereits in der Verwendung von Be=
zeichnungen wie "Fremdarbeiter" und
"Gastarbeiter", "Wirtschaftsflücht=
ling" oder "ausländischer Arbeitneh=
mer" in unterschiedlicher Stärke aus=
drückt. Mit einer Diskussion auch über
die rassistischen Grundlagen der gül=



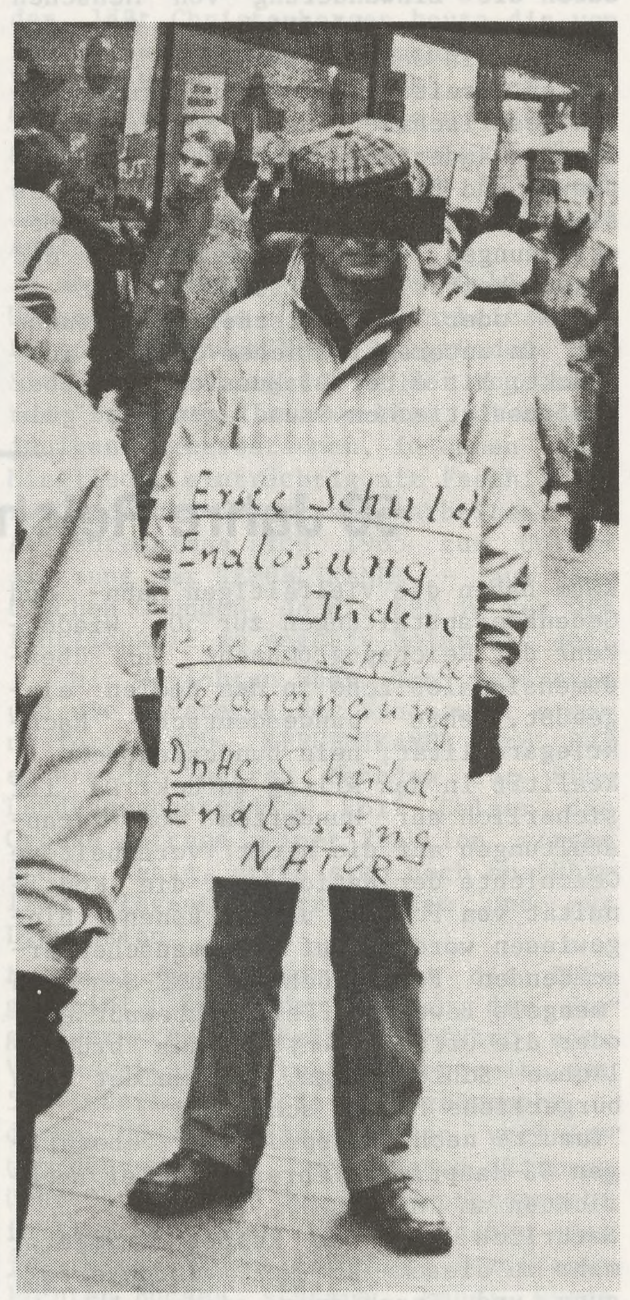
Büchertisch der BI beim Stadt=
teilfest der BI am 2o.August

tigen Ausländergesetze ging die Veran=
staltung zu Ende. Angesichts des In=
teresses und der Ausdauer der Zuhö=
rerInnen ein gelungener Abend.

50 Jahre Reichspogromnacht

Kaum haben die vielfältigen Mahn- und Gedenkveranstaltungen zur 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht ihr überdimensionales Echo in den Medien eingebüßt, kehrt bundesdeutsche Nachkriegsrealität, nein bundesdeutsche Realität in den Alltag zurück. Da ist sicherlich auf hunderten von Veranstaltungen auf die nicht verarbeitete Geschichte der Nation, auf die Kontinuität von Politik und Personen, hingewiesen worden, auf die menschenverachtenden Freisprüche vonNS-Schergen "mangels Beweisen, Unrechtsbewußtsein" oder die Öffnung sonst eines brüderlichen Schleichwegs, da meldet die bürgerliche Presse schlicht:
"Tumulte nach Freispruch für ehemaligen SS-Hauptsturmführer" (Kieler Nachrichten am 18.11.88).
Natürlich gibt es keinen Kommentar mehr zu diesem Artikel, Judenverfolgung und Faschismus sind schon so schnell nicht mehr aktuell, alles bleibt wie es war, die Opfer müssen sich für ihren Opfergang entschuldigen die Täter "wollen es nie wieder tun", bleibt alles, wie es war ?
Außerdem ist da noch die Rede des Bundestagspräsidenten a.D., dieser "Faux-Pas" einer Bundesregierung(-republik?) die nach Weizsäckers Weichenstellung 1985 auf noch mehr internationales Renomee gehofft hatte - verspielt.
Die Unfähigkeit Jenningers aber, der Einmaligkeit des Holocaust als prägendem Merkmal deutscher Geschichte angemessen zu gedenken, dokumentiert nur noch einmal die weitgehende Unfähigkeit und Unwilligkeit von Politik und Bevölkerungsteilen, den deutschen Faschismus, dessen Drahtzieher und Marionetten schonungslos zu hinterfragen.
So ist die Rede nicht das "verunglückte Experiment eines unglücklichen Politikers", sondern Sinnbild deutscher Geschichtsverdrängung. Bleibt also alles, wie es war ?
Nein, die Situation ist verändert, auch in Kiel. Waren wir als VVN/BdA noch vor Jahren fast die einzigen, die an Judenverfolgung und Massenmorde erinnerten, immer wieder auf deren Bedeutung auch für unser heutiges Leben hinwiesen, so wurde des 9. November 1988 von den unterschiedlichsten Gruppierungen und Institutionen gedacht.
Dahinter geht so einfach kein Schritt zurück. Wir wollen uns hier nicht anmaßen, darüber zu urteilen, welche der

Veranstaltungen in Kiel von Konzeption und Ablauf her wirklich dazu beigetragen hat, sich der Geschichte zu stellen und ernstzunehmende Lehren abzuleiten, welche im Gedenken stehenbleibend nur den eigentlichen Abschluß dieses Kapitels fördern sollten.
Eines wurde deutlich: ein großer Teil der Veranstaltungen traf auf enormes Interesse vor allem von jungen Menschen. Wir erlebten dies bei der von uns mitgestalteten Diskussionsveranstaltung " Der Schoß ist fruchtbar noch - was geht uns Ausschwitz heute an ?", in der Professor Maurice Goldstein als Augenzeuge berichtete. Gerade diese Veranstaltung aber zeigte auf daß die geplante Verknüpfung zu aktuellen Entwicklungen von Ausländerfeind lichkeit bis Neofaschismus nicht oder nur kaum zubewältigen war. Die Unklarheiten des Vergangenen, die Suche nach detaillierten Antworten wurden kaum unterbrochen, dabei blieb auch die Suche nach Perspektiven heutiger Bildungs und Jugendarbeit weitgehend auf der Strecke.
Trotzdem, dies war kein Rückschlag, die Aufgabe bleibt bestehen und kritische Anmerkungen Jugendlicher und Schüler z.B. zur Kranzniederlegung der Stadtpräsidentin am Platz der ehemaligen Synagoge fordern weitere Diskussionsprozesse geradezu heraus. Schüler die ältere Bürger einfach nach "damals" fragen wollten, stießen oft genug auf Ablehnung und Mißtrauen, ernüchternd. Das bleibt hoffentlich haften und motiviert zum Hinterfragen und Weitersuchen. Diese Gesellschaft hat ihre Vergangenheit jahrzentelang versteckt oder zu rechtfertigen versucht, das kann an einem Jahrestag nicht durchbrochen werden. Wichtig ist die kontinuierliche antifaschistische Arbeit und hierfür werden alle gebraucht die sich mit den verlogenen Entwicklungen, deren Folgen wir heute noch ausgesetzt sind, nicht abfinden wollen.
"Im nächsten Jahr stehen neue wesentliche Herausforderungen vor uns. Der 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik, der 5o. Jahrestag des Überfalls auf Polen und die von Vielen so belächelte Europawahl. Gerade bei dieser Wahl aber werden die Neofaschisten - hier durch die DVU-Liste D- versuchen, die weitgehende Uninteressiertheit zu nutzen, um mit einer breit angelegten Werbekampagne die 5%-Hürde zu nehmen. Dies müssen wir gemeinsam verhindern.



Wenn alle diejenigen, die heute der Pogromnacht gedenken, morgen mit im antifaschistischen Bündnis stehen, brauchen sie um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu fürchten.
Wir werden sie daran erinnern."

Buchbesprechung

Nazis, Skins und alte Kameraden
(Hg.) Joachim Krischka, Georg Biemann
Weltkreis- Verlag 12,8o.-

Ein Buch, das Fakten über Rassismus und Faschismus heute in der BRD beschreibt. Die Themen reichen von dem Mord der Skinheads an Ramazan Avci über Günther Sare bis hin zu einem Bericht über einen Aussteiger aus Kühnens ANS. Das Buch berichtet sehr informativ über Hintergründe, beschreibt jedes Thema sehr genau, aber nicht langatmig. Darüber hinaus steht am Schluß ein Personen- bzw. Organisationenregister.
Den einzelnen Autoren ist es (je nach Thema) sehr gut gelungen, die Naivität besonders der Neonazis, aber auch die fanatische Begeisterung der Altnazis für Hitler darzustellen. Auch die Zusammenhänge vieler Organisationen werden gut aufgezeigt.
Das Buch ist bisher der aktuellste und wohlauch packendste Bericht aus der Nazi-Scene, und für jeden auch verständlich geschrieben. Eingeleitet wird das Buch mit einem Liedertext von Udo Lindenberg ("Sie brauchen keinen Führer"), der eigentlich mehr sagt, als jede Einleitung in "Aufsatzform".
In den letzten Kapiteln des Buches beschreiben die Autoren auch die internationalen Verbindungen der Nazis (z.B "Das Netzwerk der Söldner").
Interessant ist das Buch auch durch einige Interviews mit Alt- bzw. Neonazis ("Der Naziwirt von Nesselwang").
Das Buch ist reichlich bebildert, was dazu beiträgt, daß die in den Texten vorkommenden Personen nicht völlig abstrakt bleiben.
Ein wirklich lesenswertes, informatives Buch für jede/n Interessierte/n. Und wer auf den Geschmack gekommen ist - es gibt noch mehr Bücher des Weltkreis-Verlages in dieser Richtung (z.B "Die Neonazis, Teil 1 und Teil2", "Geeime Kanäle", der Nazimafia auf der Spur; etc.).

Aus gegebenem Anlaß:

AUF DEN TOD EINES VERBRECHERS

1 Dieser, hör ich, wurde abberufen
Und sie trugen ihn nach dem Erkalten
In den »kleinen Keller ohne Stufen«
Aber dann blieb alles doch beim alten:
Einer nämlich ist jetzt abberufen
Aber viele bleiben uns erhalten.

2 Diesen, hör ich, sind wir losgeworden
Und er wird es nicht mehr weiter treiben
Er hat aufgehört, uns zu ermorden
Leider gibt es sonst nichts zu beschreiben.
Diesen nämlich sind wir losgeworden
Aber viele weiß ich, die uns bleiben.

Bertolt Brecht

Diskussion: Pro und Contra Verbotskampagne

Im Antifaschistischen Plenum Kiel wird seit einigen Monaten eine Diskussion um das Für und Wider einer Verbotskampagne gegen faschistische Organisationen geführt. Wir möchten den LeserInnen der ATZE in dieser Ausgabe Gelegenheit geben, einen Teil der vorgebrachten Ansichten kennenzulernen. Auf die sechs vorgelegten Fragen antworten zunächst die BefürworterInnen; jeweils im Anschluß dann die Ansicht der SkeptikerInnen.

1. Wird sich eurer Meinung nach die Tendenz der Offensive von rechtsradikalen Parteien in Bezug auf Landtags- und Europawahlen weiter verstärken ?

1. Ohne Zweifel. Neben den Europawahlen sind besonders wichtig die Ende Januar in Westberlin stattfindenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus - dort ist es der NPD untersagt, zu kandidieren; dafür treten die REPUBLIKANER an - und die Kommunalwahlen in Hessen. Besonders NPD und DVU versuchen dabei, die Wahlerfolge in Bremen und anderswo zu nutzen, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Günstige Chancen rechnen sie sich auch deshalb aus, weil die CDU momentan in vielfältige Skandale verwickelt ist und darüberhinaus vielen CDU/CSU-Anhänger die zu Oppositionszeiten versprochene "Wende" in der Ausländer-, Sozial- und Ostpolitik nicht entschieden genug verfolgt worden ist. Wichtig ist außerdem, daß es bei den Europawahlen am 18.Juni schon ab o,5% Wahlkampfkostenerstattung gibt. Diese Wahl ist für die Faschisten also auch eine "Geld"-Wahl.

---

1. Ja. Dafür sprechen mehrere Gründe:
- die verstärkten Einigungstendenzen im rechtsradikalen Spektrum, die dieses eindeutig stärken.
- (nicht nur) die BRD entwickelt sich zu einer 2/3-Gesellschaft. Wie die Geschichte gezeigt hat, ist ein Teil der sozial und politisch Ausgegrenzten eher offener für faschistische Propaganda.
- zudem verstärkt die staatliche Politik, z.B. gegenüber Flüchtlingen, den latent vorhandenen Rassismus innerhalb dieser Gesellschaft. Dies kommt den Rechtsradikalen zugute, weil es einen Teil faschistischer Politik staatlich und gesellschaftlich verankert.

2. Inwieweit kann eine Verbotskampagne inhaltlich den rechtsradikalen Parteien den Boden entziehen ?

2. Zunächst einmal gehen wir von einem bereits bestehenden Verbot aus; wir treten für die Auflösung dieser Organisationen ein, weil sie faschistisch und damit verboten s i n d. Wir fordern also eine Selbstverständlichkeit. Für diesen bloß exekutiven Akt ist es natürlich Voraussetzung, einer faschistischen Organisation diesen Charakter auch nachzuweisen. Mit anderen Worten: ohne den Nachweis,daß z.B. NPD oder FAP den Ausländerhaß aus rassistischen Gründen schüren, die biologisch begründete Ungleichwertigkeit der Völker, Gesellschaftsgruppen und Geschlechter behaupten, usw...., kann eine Auflösungskampagne gar nicht geführt werden. Die Kritik an faschistischer Ideologie und Politik ist nicht abzutrennen.

---

2. Inhaltlich kann eine Verbotskampagne faschistischen Parteien nicht den Boden entziehen. Ein Verbot würde keine der Ursachen für die Existenz faschistischer Inhalte und Organisationen beseitigen, wäre also nur Symptombekämpfung.
Ziel antifaschistischer Politik sollte

sein, das Bewußtsein für die komplexen Entstehungsbedingungen für faschistische bzw. reaktionäre Ideologie und Praxis zu verbreitern. Wir wagen zu bezweifeln, daß dies mit einer Verbotskampagne zu erreichen ist.

3. Auf welche rechtlichen Grundlagen könnte sich eine Verbotskampagne stützen ? Könnte beispielsweise die Berufung auf die Alliierten Kontrollratsgesetze 2 und 8 den Kriterien einer nutzbringenden antifaschistischen Position gerecht werden ?

3. Wir sind zunächst grundsätzlich der Ansicht, daß Faschisten wegen der von ihnen begangenen unvorstellbaren Verbrechen keine demokratischen Rechte für sich beanspruchen können. Damit können wir uns auf die von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition verabschiedeten Kontrollratsgesetze 2 und 8 stützen. Diese regeln die Auflösung und Liquidierung der Nazi-Organisationen und verbieten jede Neugründung von faschistischen Organisationen. Die angeführten Bestimmungen sind aufgrund des sog. "Überleitungsvertrages" vom 23.1o.1954 auch für die BRD weiterhin gültig.
Der Artikel 139 des GG, auf den sich oft berufen wird, ist insofern nicht zentral, weil er zwar die "zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften von etwaigen widersprechenden Aussagen des Grundgesetzes ausnimmt, das eigentliche Verbot jedoch in den Kontrollratsgesetzen 2 und 8 niedergelegt ist.
Den Artikel 21 des Grundgesetzes lehnen wir als Basis eines Verbots ab, weil dieser eben nicht den faschistischen Charakter einer Organisation als Verbotsgrund gelten läßt, sondern deren "Verfassungswidrigkeit". Daran ist zunächst zu kritisieren, daß damit auch gegen fortschrittliche Organisationen vorgegangen werden kann (und worden ist!), die z.B. für eine Änderung der herrschenden Ordnung, in der viele für die wenigen arbeiten, die das große Geld kassieren, eintreten. Zum zweiten ist das Verbot dann abhängig vom Verhalten gegenüber der Grundordnung, aber nicht von den Inhalten, die faschistische Organisationen verbreiten.

3. In unseren Augen ist es falsch, Paragraphen und Kontrollratsgesetze zur Grundlage antifaschistischen Handelns zu machen. Damit wird eine Eigenverantwortlichkeit an den Staat abgegeben und ein gemeinsames (zwischen unserem und dem staatlichen) antifaschistisches Verständnis suggeriert.
Zudem würden wir durch die vordergründige Erfüllung unserer primären Forderung durch den Staat (z.B. das Verbot der FAP), bzw. schon durch den Appell an ihn, ein positives Staatsverständnis transportieren.

4. Wie die Erfahrung zeigt, haben es Nazigruppen schon geschafft, sich trotz Verbot durch einfache Namensänderung zu einer noch größeren militanten Organisation zu formieren. Erinnert sei hier an das Verbot der ANS/NA um Michael Kühnen 1983 und die sich daraus rekrutierende FAP. Welche Bedingungen sollte ein Maßnahmenkatalog mit gezielten Forderungen enthalten, um ein Verbot auch effektiv werden zu lassen, bzw. welche Forderungen sollten eures Erachtens grundsätzlich nicht erhoben werden ?

4. Das von Dir genannte Beispiel ist gut geeignet, unsere Vorstellungen einer Auflösungskampagne deutlicher zu machen. Die ANS/NA wurde 1983 verboten. Nach einer kurzen Übergangszeit wurde systematisch die bis dahin unbedeutende FAP unterwandert. Gleichzeitig blieb die ANS/NA als "Bewegung" intakt. Das Verbot hatte also so gut wie nichts bewirkt. Woran liegt dies? Spricht dies grundsätzlich gegen Verbots- bzw. Auflösungsforderungen?

Diskussion: Pro und Contra

Betrachten wir die Gründe, warum die ANS/NA zur Fortsetzung ihrer Organisation in der Lage war, so fallen Unterschiede zu anderen, ebenfalls verbotenen Nazi-Gruppen auf. Die "Wehrsportgruppe Hofmann" oder die "Volkssozialistische Bewegung" zerfielen nach dem Verbot, weil dort keine politischen Kader vorhanden waren, die die Arbeit ohne die inhaftierten Führer hätten fortsetzen können. Eine solche Phase gab es auch bei der ANS. Ihr Führer, Michael Kühnen, hatte bereits 1978-1982 im Knast gesessen. In dieser Zeit war seine Organisation praktisch bedeutungslos. Nach seiner Haftentlassung zog er daraus die Lehren: er begann mit der sytematischen Schulung von Kadern, die die Arbeit im Falle einer erneuten Inhaftierung seiner selbst fortsetzen könnten. Damit hatte er auch weitgehend Erfolg. Dies kann kann jedoch kein prinzipieller Einwand gegen die Forderung nach Auflösung der faschistischen Organisationen sein.
Aus dieser Entwicklung müssen vielmehr auch die AntifaschistInnen Lehren ziehen. Wir verbinden daher mit der Auflösungsforderung konkrete Maßnahmen, die eine Wiederholung der genannten Entwicklung ausschließen sollen. Diese Maßnahmen umfassen:
1) Inhaftierung aller Partei-, Gau-, Kreis- und Bereichsleiter und deren Stellvertreter wegen Betätigung für eine verbotene Organisation. Sponsoren müssen öffentlich gemacht und ebenso inhaftiert werden.
2) Überwachung und Veröffentlichung der Namen der Ortsmitglieder und rigorose Unterbindung jeglicher Neubetätigung im nationalsoz. Sinne oder mit der Absicht der Neugründung unter anderem Namen.
3) Enteignung aller finanziellen und materiellen Mittel (Fahrzeuge, Gebäude, Versammlungslokale, Druckmaschinen, ...), die den Zwecken der Organisation gedient haben, auch wenn sie juristisch Privatpersonen gehören.
4) Der Sofortvollzug ist anzuordnen, um zu verhindern, daß die Mittel, die der Organisation gedient haben, beiseite geschafft werden.
5) Die Auflösung ist durch keinerlei Äußerungen vorher anzukündigen.
Selbstverständlich darf sich die Auflösung nicht auf die Kernorganisation beschränken. Im Falle der FAP bzw. der "Bewegung" wären also ebenso aufzulösen: "Neue Front"-Lesekreise, Freiheitliche Arbeiterjugend, Hilfsgemeinnisation für nationale Gefangene, Borussenfront, Deutsche Frauenfront, BI Deutsche Arbeiterpartei, Nationale Sammlung, Komitee zur Vorbereitung des loo.Geburtstags von Adolf Hitler, Aktion Lebensschutz und die sog. "Stabswachen".
Angesichts der absoluten Skrupellosigkeit von Faschisten, zur Verwirklichung ihrer Ziele jedes Verbrechen zu begehen, sind wir dagegen, irgendein Mittel von vornherein im Kampf gegen die Faschisten auszuschließen.

4. Da wir eine Vebotskampagne ablehnen kann es nicht unsere Aufgabe sein, für sie einen Maßnahmenkatalog zu entwerfen und bestimmte Forderungen dazu aufzustellen.
Ein Maßnahmenkatalog mit der Forderung nach Erfüllung durch den Staat ist ein Ausdruck von inhaltlicher Schwäche weil dabei das Zutrauen in eine Stärke fehlt, Strukturen und Zusammenhänge zur Durchsetzung antifaschistischer Positionen zu entwickeln.

5. Es wird unserem Selbstverständnis von antifaschistischer Arbeit nicht gerecht, lediglich die Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen und Parteien aufzustellen. Wie kann eine Verbotskampagne da greifen, wo sich reaktionäre und faschistische Ideologie u.a. in Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit ausdrückt ?

5. Wir stimmen dir völlig zu; es reicht nicht aus, die Auflösung nur zu fordern. Vielmehr muß eine antifaschistische Bewegung auf vielerlei Art für die Durchsetzung dieser Forderung käm=

pfen. Sie muß, worauf wir oben bereits hingewiesen haben,die politischen Aus= sagen der Faschisten kritisieren und angreifen. Sie muß darüberhinaus die politischen und personellen Verbindun= gen zwischen den faschistischen Orga= nisationen und dem breiten reaktionä= ren Spektrum in der BRD aufdecken. Und eine solche Bewegung muß für die Pro= bleme, aus denen die Faschisten in de= magogischer Weise z.B. mit ihrer Hetze gegen AusländerInnen Kapital zu schla= gen versuchen, auch Lösungsvorschläge entwickeln. Ein "antifaschistisches Klima" würde den Antifaschismus als selbstverständlich, Rassismus usw. in die Außenseiterposition drängen.So ist eine wirkungsvolle Auflösung auch nur Ausdruck der Verbreitung des antifa= schistischen Grundverständnisses, den Faschisten und ihrer verbrecherischen Politik keine demokratischen Rechte zuzubilligen.

5. An reaktionärer und faschistischer Ideologie da anzusetzen, wo sie ihren Ausdruck in den vielfältigen möglichen Formen findet, und Zusammenhänge zu erkennen und zu vermitteln, sollte übergeordnetes Konzept antifaschisti- scher Politik sein.
Eine Kampagne bindet die Kräfte an die Mobilisierung und sie führt weg von der Auseinandersetzung um Faschismus im Alltag. Ein Verbot, wie es von ver- schiedenen Bundesländern gefordert wird, würde lediglich antifaschistisch denkenden und handelnden Menschen vor Ort eine Verschnaufpause bringen, die dem Aufwand nicht gerecht wird.

6. Wie realistisch schätzt ihr ein von diesem Staat ausgehendes Interesse an einer Auflösung faschistischer Parteien und Organisationen ein ? Von welchen Kräften ist Unterstütz= ung zu erwarten, welche Bündnisse hat es bisher gegeben ?

6. Das kapitalistische System kann die Wurzeln des Faschismus nicht besei= tigen, denn dann müßte es sich selbst abschaffen. Die Schwächung oder Förde= rung faschistischer Organisationen er= folgt unter taktischen Gesichtspunk= ten. Dabei spielen die Funktionen eine Rolle, die solche Organisationen heute haben können, z.B. Stoßtrupp gegen die Linke oder Vorreiter einer besonders unverhüllten "Ausländer raus"-Politik zu sein. Die gegenwärtige Bundesregie= rung hat kein Interesse an der ernst= haften Bekämpfung der faschistischen Gefahr; dazu stehen sie sich politisch zu nahe. In der SPD gibt es viele Men= schen,die antifaschistisch eingestellt sind und ernsthaft gegen faschistische Politik vorgehen wollen. Die Grenzen antifaschistischer Politik der SPD, u.a. die Orientierung an der Rechts= staatlichkeit des eigenen Handelns,die schon in der Weimarer Republik das wi= derstandslose Zurückweichen vor dem Faschismus bedeutete, sind jedoch of= fensichtlich. Dennoch glauben wir, daß viele Mitglieder und AnhängerInnen der SPD auch für wirkungsvolle antifa= schistische Politik zu gewinnen sind. Bei vielen politischen Organisationen und Gewerkschaftsgliederungen gibt es bereits Beschlüsse, die Verbot bzw. Auflösung faschistischer Organisatio= nen fordern. Es ist jedoch dringend notwendig, daß aus diesen papiernen Erklärungen reale Aktivitäten gegen faschistische Organisationen, gegen Rassismus, Antikommunismus usw. wer= den.Nur so kann eine Auflösung der FAP durchgesetzt werden, die das Treiben der Nazis auch ernsthaft erschwert und nicht nur bei der Verbotserklärung des Bundesinnenministers stehen bleibt.
Ein Verbot der FAP wird es langfristig auch ohne Kampagne geben, aber ohne eine Auflösungskampagne können sich die herrschenden Kreise noch leichter als Antifaschisten darstellen und das Organisationsnetz der Nazis wird so gut wie unbeschädigt bleiben. Die Auf= lösung der FAP muß als erster Schritt zur Auflösung aller faschistischer Or= ganisationen von einer starken anti= faschistischen Bewegung gegen alle Wi= derstände durchgesetzt werden.

6. Dieser Staat hat prinzipiell erst

mal kein Interesse anm Verbot faschistischer Parteien und Organisationen. Im Gegenteil, ihre Existenz bietet ihm einige nützliche Aspekte: sie bereiten propagandistisch ein Klima vor, in dem staatliche Politik (z.B. gegenüber AusländerInnen) dann gemäßigt erscheint und leichter durchsetzbar ist. Sie führen Angriffe gegen Linke und ihre Strukturen durch und sind als Gewaltreserve gegen fortschrittliche Bewegungen zu gebrauchen.
Von daher werden Verbote nur halbherzig betrieben, und auch dann nur, wenn die betreffende Organisation zu offen militant bzw. terroristisch aufgetreten ist (s. WSG Hoffmann). Diese Situation gilt zur Zeit für die FAP: infolge der zahlreichen, zum Teil schweren Übergriffe aus ihren Reihen und ihrem offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus erwägen mittlerweile mehrere Bundesländer ein Verbot bzw. haben bereits die Initiative dazu ergriffen (s. Antrag Niedersachsens auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit beim Bundesinnenminister).
Das Verbot der FAP kommt also wahrscheinlich sowieso. Allerdings nicht mit der Wirksamkeit, die sich die BefürworterInnen einer Verbotskampagne von einem Verbot mit entsprechendem Maßnahmenkatalog versprechen.
Wenn dies so ablaufen wird (und wir halten das für gut möglich), wäre das Ergebnis fatal: der Staat hätte sich antifaschistisch dargestellt mit der vordergründigen Erfüllung der Verbotsforderung. Zusammenhänge von Staat und Faschismus wären nicht breiter vermittelt worden, sondern verwischt. Und die Nazis schließlich wären zwar kurzfristig in ihrer Tätigkeit behindert, könnten sich aber schnell reorganisieren (sie bereiten dies heute schon vor).

Wechsel bei der FAP

Anfang Oktober führte die neonazistische FAP ihren Bundesparteitag in Stuttgart durch. Presseberichten zufolge wurde dabei der bisherige Parteivorsitzende Martin Pape durch den 59-jährigen Friedhelm Busse abgelöst.
Wer ist Friedhelm Busse? Wie so viele militante Neonazis begann er in der NPD. 1965 in den nordrhein-westfälischen Landesverband eingetreten,wurde er zunächst deren Landesleiter des Ausschusses für Sozial- und Gewerkschaftsfragen und 1969 ihr Bundestagskandidat. Nach dem Ausschluß aus der NPD 1971 gründet er noch im selben Jahr in Krefeld die "Partei der Arbeit". Bereits zum damaligen Zeitpunkt ist Busse dreimal vorbestraft wegen Freiheitsberaubung und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. 1975 wird Busse Leiter der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit", kurz VSBD, der er bis zu deren Verbot Anfang 1982 vorsteht.

Was verbirgt sich hinter der VSBD ?

Die VSBD und ihre Jugendorganisation, die "Junge Front", machen bereits Ende der siebziger Jahre durch "Hitler-Gedenkfeiern", Rechtfertigung antisemitischer Verbrechen und Schlägereien von sich reden. 1978 kandidiert zu den Kommunalwahlen in München der ehemalige Vorsitzende der bayrischen "Jungen Nationaldemokraten"(JN), Alfred Nusser, für die VSBD. Der Justizangestellte erhält lächerliche 89 Stimmen.
VSBD und "Junge Front" propagierten eine Volksgemeinschaft auf völkischer Grundlage und forderten, die Ausländer rauszuwerfen, da die Deutschen eine bessere Rasse seien. Sie verstanden sich als Kaderpartei, zu deren Tätigkeit auch Wehrsportaktivitäten gehörten.

Die Terroristen der VSBD

Dies war spätestens dann nicht mehr zu verheimlichen, als es am 22.Oktober 1981 in München zu einer Schießerei zwischen der Polizei und fünf Nazis von der VSBD kam. Zwei der Neofaschisten, die in ihrem Wagen Handgranaten, Maschinenpistolen und andere Waffen mit sich führten, sterben dabei. Aufgebrochen zum Bankraub war das Quintett vom Hause Busses aus, bei dem elf Stangen Sprengstoff beschlagnahmt wer=

den. Busse wird inhaftiert; ihm werden versuchter Mord, Mitgliedschaft in ei= ner terroristischen Vereinigung sowie Sprengstoffdelikte zur Last gelegt.

Bereits Ende 198o war ein VSBD-Mitglied, Frank Schubert, an der Er= mordung von zwei Schweizer Grenzern beteiligt; anschließend brachte er sich selbst um. Kurz nach dem Schuß= wechsel in München wurden in Belgien vier weitere VSBD'lerInnen, auch diese bewaffnet, festgenommen. Und im Febru= ar 1983 werden in Frankfurt und Poole fünf Neonazis der inzwischen verboten= en VSBD verhaftet. Ihnen wird neben der Gründung einer terroristischen Vereinigung auch versuchter Mord vor= geworfen. Sie hatten wahllos Mordan= schläge auf einfache US-Soldaten ver= übt.

Die VSBD wird verboten

Anfang 1982 sieht sich der Bundesin= nenminister Baum (SPD) gezwungen, die= ses Sammelbecken gewalttätiger Neona= zis zu verbieten. Bei Wohnungsdurch= suchungen in Westberlin, Baden-Würtem= berg, Bayern, Hessen und Niedersach= sen werden erneut Munition und große Mengen Nazi-Schriften gefunden. Dieje= nigen Mitglieder der VSBD, die nicht wegen irgendwelcher Verbrechen im Ge= fängnis sitzen, schließen sich meist der ANS/NA unter Führung Michael Küh= nens an. Nach deren Verbot finden sie ihren Weg in die FAP. So etwa der seit 1975 im Neonazi-Spektrum aktive Volker Heidel aus Hannover. Auch er zunächst bei der NPD, schließt er sich 1981 der VSBD an und wird deren niedersächsi= scher "Gaubeauftragter". Kurz zuvor hatte ihn das Landgericht Lüneburg zu 2 Jahren und neun Monaten Knast wegen Mittäterschaft bei Anschlägen auf öf= fentliche Gebäude und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ver= urteilt. Heute ist Heidel "Gauleiter" der FAP-Niedersachsen und Schriftlei= ter der HNG-Nachrichten.

Busse's Weg zur FAP

Busse selbst steht im Sommer 1983 vor Gericht. Der Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung wurde fallengelassen. Busse erhielt mit 3 Jahren und neun Monaten wegen Begünstigung, Strafvereitelung, Heh= lerei sowie Vergehens gegen das Waf= fen= und Sprengstoffgesetz die zweit= niedrigste Strafe. Dabei hatte bereits ein früheres Ermittlungsverfahren er= geben, daß er andere die "Handarbeit" machen läßt, selbst jedoch im Hinter= grund bleibt. Seine Anwälte verzich= teten denn auch auf eine Anfechtung des Urteils: "Billiger kommen wir kaum



VSBD-Werbung in der Nazi-Zeitung "Die Bauernschaft" kurz vor dem Verbot

weg."
Während seiner Haft wurde er von eben jener "Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener" (HNG) betreut, die sein ehemaliger VSBD-Komplize leitet. Nach seiner Entlassung im Spätsommer 1986 wird er für die FAP aktiv. Und nun steht er an der Spitze der FAP, die auch zu den Europawahlen 1989 antreten will.

Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Friedhelm Busse hat die FAP nun einen Mann an der Spitze, der selbst größte Erfahrungen bei der organisier= ten Anwendung von Gewalt und Terror hat. Sollten von ihm in Zukunft - wie vom bisherigen Vorsitzenden Pape in der Vergangenheit - Äußerungen zu vernehmen sein, die FAP halte sich an die Gesetze, so kann das angesichts seiner Vergangenheit und der Entwick= lung der VSBD nur ein müdes Lachen hervorrufen.

Kellinghusen = Klein Nürnberg

1. Einstimmung

Kellinghusen hatte diesen Namen erhalten, weil sich hier in den 30er Jahren alle ausgewählten schleswig-holsteinischen Nazis in der Woche vor dem Nürnberger Parteitag sammelten. Bis zu 5000 Braunhemden übten auf den Wiesen, wo heute die Kaserne steht, das Marschieren in Neunerreihen. Am letzten Tag ging es in Marschblöcken von 800 bis 1000 Mann durch die Strassen zum Bahnhof, von wo die Züge direkt nach Nürnberg fuhren.
Auch heute noch liegt der "verträumte" 7000 Seelen Ort Kellinghusen in Mittel

Holstein, direkt an der Stör zwischen Itzehoe und Bad Bramstedt. Doch seit einigen Jahren ist es in Kellinghusen vorbei mit der Ruhe. Dabei fing doch alles so schön an, im Rathaus herrschte "Einigkeit und Recht und Freiheit". Und gab es doch mal einen Streit, so wurde dieser spätestens beim folgenden Bier begraben. Ob nun der Gewerkschaftsfunktionär eine Frau in einer Kneipe angrabschte, oder der erste Stadtrat und Oberstudiendirektor morgens vor der Schule aus dem Puff kam, oder ein angesehener Bulle ab und zu mal einen Betrunkenen auf der Wache zusammenschlug - mann war sich einig. Es herrschte "Frieden und Freiheit" in der Stadt und große Freude kam auf als sogar das Fernsehen in Form von "Dalli Dalli" Kellinghusen beglückte. Die eine oder andere Protestaktion gegen das Atomwaffenlager in Kellinghusen, jedoch waren diese nach einigen Tagen wieder beendet und mensch konnte seinem "ordentlichen" Leben weiter ungestört nachgehen. Die drei Kellinghusener Grünen gehörten sowieso mit zu der Kellinghusener Familie. Nur einmal wurde es den Kellinghusenern zu bunt, als 20 Ghandi Jünger das Atomwaffenlager blockieren wollten. Es bildete sich spontan eine Bürgerinitiative mit 300 Menschen unter dem Slogan "Freiheit für unsere Soldaten".
Als sich 1983 die erste Skingruppe bildete, hatten die Kellinghusener Bürger keinen Grund zur Sorge. Sie freuten sich über diese anständigen Kerle - kurze Haare - zackiges Auftreten - welch ein erfreuliches Bild. Beim gemeinsamen Handeln - gegenüber ausländischen Jugendlichen - lernte "mann" sich kennen und schätzen. Skins Discothekenbesitzer, Polizei u.a. sorgten für ein "ausländerfreies "Kellinghusen. Wo Schläge nicht reichten, half die Justiz nach - nach dem Motto der eine oder andere Türke soll sich gewehrt haben.
Wie schrieb es der Marburger Soziologe Werner Hofmann: "Der Rechtsradikalismus nimmt die regierende Rechte beim Wort. Er tritt auf als der entschiedene, zu Taten drängende, aktivistisch aggresive Vollender dessen, was die anderen bloß wollen."
Um es noch deutlicher zu sagen: Die Faschisten als Büttel des Kapitals und als Stützpfeiler ihrer Herrschaftssicherung.

2. Die Entwicklung

Die Entwicklung beginnt 1983 durch die Organisierung einiger Skins durch einen Alt-Faschisten. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es in Kellinghusen eine feste FAP-Gruppe die in BRD-weite Faschistenstrukturen eingebunden ist. Sie gehört zum sog. Kühnen-Flügel (Michael Kühnen) und fehlt fast nie (neben Kiel) bei BRD-weiten Aktionen von Kühnen oder der FAP. 20 feste Fapler gibt es in Kellinghusen, hinzu kommen noch 30-40 Skins und sonstige Symphatisanten und einige NPDler. Eine Chronologie der faschistischen Aktivitäten seit 1983 bis heute (der bekannten natürlich), würde eine Liste mit 120 Taten ergeben, von Propagandaaktionen und Körperverletzungen bis hin zum Mord. Die Morde in Kellinghusen (Sommer 1988 und Oktober 1988) verübt von Skins und FAPlern sind die menschen-

verachtenden "Höhepunkte" des faschis=
tischen Terrors in Kellinghusen.

3. Arbeitsteilung

Das Ausmaß der faschistischen Aktivitäten konnte nur durch eine Arbeitsteilung unterschiedlicher Personen und Gruppen, ob gewollt oder nicht, erreicht werden.
1. Gruppe: Die Skins und FAPler, die die den Terror direkt ausüben.
2. Gruppe: Die Politiker, die Bullen, die Justiz, die Kirche und die Bürger, die die Faschisten schützen und/oder verharmlosen und den Boden bereiten.
3. Gruppe: Die Bürger die meinen, es gehe sie alles nichts an oder sie haben einfach schlicht Angst vor den Faschisten.

4. Zwei Beispiele

Ein jugoslavischer Kneipenbesitzer wird jahrelang von der Stadt und den Kreisbehörden schikaniert und mit unsinnigen Auflagen überzogen. Er ist als Antifaschist bekannt und Faschisten haben bei ihm Hausverbot. Bei einem Überfall von Faschisten auf seine Person, wird er berufsunfähig geschlagen. Obwohl einer der Täter bekannt ist, verlaufen alle Ermittlungsverfahren im Sande.
In der Stadt wird von der CDU, der Stadtverwaltung, der jungen Union, der Bullen, der örtlichen Presse und des katholischen Pastors Pogromstimmung gegen einen Antifaschisten gemacht. Mit Namensnennung von der Kanzel, durch die Presse, oder in öffentlichen Veranstaltungen - alles nach dem Motto "Bei uns gibt es kein faschistisches Problem und wenn es eins gibt, dann nur durch den Linksextremisten...." So werden aus Opfern Täter!

5. Widerstand

Seit 1985 gibt es Protest und Widerstand gegen die Faschisten in Kellinghusen, auf 4 Ebenen:
1. Die Aufklärung über faschistische Aktivitäten und deren Zusammenhänge. Hierüber wurde vielen erst das Ausmaß und die Bedeutung des faschistischen Terrors deutlich.
2. Der Bürgerprotest, der überwiegend aus Unterschriften sammeln bestand und über kurz oder lang Mangels Perspektive einschlief.
3. Der Schutz von Antifaschisten und deren Wohnungen konnte einige Male erfolgreich durchgeführt werden.
4. Eigenes Handeln und agieren. Von Öffentlichkeitsarbeit bis zu gezielten Anschlägen auf Faschisten.
Zu 1. ein Beispiel: Auf einer öffentlichen Veranstaltung wurde einem bekannten Kellinghusener Faschisten 20 Exemplare einer faschistischen Zeitung zugeordnet die sich dieser per Post hat zusenden lassen. Ermittelt wurde nicht gegen den FAPler, sondern gegen den Antifaschisten, es fand auch eine Hausdurchsuchung statt.
Die Staatsanwaltschaft weigerte sich, gegen den FAPler zu ermitteln, mit der Begründung 20 Exemplare seien kein Beweis für die Absicht diese auch zu verteilen. Für die Zeitung Radikal haben schon weniger Exemplare ausgereicht, um in den Knast einzufahren.

6. Aussichten

Kellinghusen wird weiterhin zentrale Bedeutung für die militanten Faschisten in Schleswig-Holstein haben, neben Kiel und Lübeck. Die Faschisten haben dort ein Bein in der Tür bzw. Stadt. Im Kreis Steinburg sind Tendenzen auszumachen von Kellinghusen aus einer Verbreiterung der Basis für die FAP (Itzehoe bis Krempe). Da es in Kellinghusen keine antifaschistische Infrastruktur gibt, müssen wir von Außen her, unser Handeln verstärkt auf Kellinghusen lenken.



SA-Marschkolonne

Große Anfrage der SPD

Anfang November brachte die Fraktion der SPD im Landtag eine Große Anfrage ein. Darin wird die SPD-Landesregie= rung um Auskunft zu drei Bereichen ge= beten.

Unter dem Stichwort "Nationalsozialis= tische Nachgeschichte" soll über die Entnazifizierung und das Untertauchen von Nazis in Schleswig-Holstein be= richtet werden. Im zweiten Fragenkom= plex geht es um die Beurteilung von "rechtsextremen Gruppen wie z.B. FAP, Republikaner, NPD, Deutsche Volksun= ion, Skinheads", deren Aktivitäten und Querverbindungen sowie um Treffpunkte und Medien der Neonazis. Gefragt wird auch nach entsprechenden Aktivitäten von Lehrern und Schülern. Die letzten drei Fragen sollen erhellen, welche juristischen und politischen Mittel die Landesregierung anwenden will.

Nach Aussagen des Landtagsabgeordneten Rolf Selzer wird diese Anfrage etwa im März oder April 1989 beantwortet. Das ist natürlich viel zu spät. Zu hoffen bleibt trotzdem, daß die Antwort der Landesregierung Schluß macht mit der von ihren Vorgängerinnen betriebenen Verharmlosung neofaschistischer Akti= vitäten in Schleswig-Holstein.

*****

Die Grünen für Verbot

Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz Anfang Oktober 1988 stimmte eine Mehr= heit der GRÜNEN-Delegierten für einen Antrag der GRÜNEN-Landesarbeitsgemein= schaft Antifaschismus, in dem die Auf= lösung von faschistischen Parteien und Organisationen, wie es der Art. 139 GG vorschreibt, gefordert wird.

In der Begründung zu dem Antrag heißt es u.a.: "Seit Jahr und Tag können fa= schistische Organisationen ihre fa= schistoide Propaganda betreiben ohne Strafe befürchten zu müssen. Im Gegen= teil, Versammlungen und Aufmärsche werden unter Polizeischutz abgehalten. Der Propaganda wird durch Wahlzulass= ung Tür und Tor geöffnet. Ihre Ziele erhalten durch Wahlzulassung den Schein von Legalität und werden salon= fähig gemacht. Die wachsenden Aktivi= täten fasch. Organisationen sind nur möglich auf der Grundlage staatlicher Deckung, etwa durch die Nichtanwendung der Allierten Kontrollratsgesetze,die Unterstützung revanchistischer Verbän= de, der frauenfeindl. Politik,der Ver= schärfung des § 218 und eines korrup= ten Regierungsapparats (Flick, Bar= schel)."

Eine nicht unbedeutende Minderheit der Delegierten steht der Verbotsforderung kritisch gegenüber. Die GRÜNEN führen diese Diskussion fort.

*****

Termine

Die Antifaschistische Bürgerinitiative Kiel-Gaarden lädt zu zwei Veranstal= tungen im Januar 1989 ein:

6.1.89 Diskussionsveranstaltung zum Thema "Ausländerwahlrecht - Ausländerrechte"

13.1.89 Informationsveranstaltung zum Thema "Verbot und Auflösung faschistischer Organisatio= nen" mit anschließender Dis= kussion

Beide Veranstaltungen finden statt im Deutsch-Türkischen Volkshaus in der Kaiserstrasse in Kiel-Gaarden

Wer „schützt“ hier wen?

Zu einer Demonstration "Ausländer bleiben - Nazis vertreiben" am 12.11. 1988 hatte in Hamburg-Bergedorf ein Bündnis aus Antifaschistischer Aktion, GAL, DKP, LehrerInnen, Kirchen- und SozialarbeiterInnen-Gruppen, zahlrei= chen türkischen Initiativen sowie der SPD aufgerufen. Anlaß dieser Demo war ein Vorfall, der sich zwei Wochen vor= her im selben Stadtteil ereignet hat= te. Dort wurde eine türkische Frau von einer großen Gruppe Skinheads verprü= gelt und auf die Strasse vor ein Auto geworfen. Hinzu kommt, daß in jüngster Zeit die Aktivitäten faschistischer Organisationen rapide zugenommen ha= ben. Die Polizei sieht darin nur die Auseinandersetzungen "rivalisierender Jugendbanden" und besitzt sogar die Frechheit, Polizisten, Skinhaeds und Türken zu "gemeinsamen Deeskalations= gesprächen" (Polizeijargon) einzula= den; frei nach der Devise: wenn die Faschisten auf der Straße erscheinen, gehen die Türken brav in ihre Wohnun= gen, damit die Polizei keinen Grund hat gegen sie, nämlich die Türken, einzuschreiten. Alles klar ?

Die Demonstration

Auf der Kundgebung erinnerte der Spre= cher des "Bündnisses der türkischen Einwanderer", Prof. Hakki Keskin, an die Ermordung von Ramazan Avci vor 3 Jahren in Hamburg. Er wurde von Skin= heads auf offener Strasse erschlagen. Keskin machte die Politiker für die zunehmende rassistische Gesinnung der Bevölkerung verantwortlich, die durch eine restriktive, menschenverachtende Ausländerpolitik und einen zunehmend sorglosen Sprachgebrauch den Rassismus wieder salonfähig machen. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in diesem Zusammenhang haben die Medien. Schon während der Demonstration, die von ei= nem massiven Aufgebot der Polizei be= gleitet wurde, kam es zu kleineren Rangeleien mit den "Ordnungskräften". Hatten sie sich am Tage noch zurückge= halten, so ließen sie am Abend alle Hemmungen fallen. Als gegen 21 Uhr be= kannt wurde, daß sich in der Fußgän= gerzone eine große Gruppe Skins und Hooligans sammelte, die danach durch die Innenstadt zog, stellten sich ca. 2o entschlossene AntifaschistInnen ih= nen in den Weg. Nach einer heftigen Auseinandersetzung flohen die Skins in eine nahegelegene Spielhalle, deren Fenster dabei zu Bruch gingen. Zwei Männer aus dieser Gruppe zogen plötz= lich Pistolen aus ihren Jacken, gaben sechs Warnschüsse ab und legten mit dem Ruf "Stehenbleiben ! Polizei !" auf die AntifaschistInnen an. Diese sahen sich plötzlich in der Situation, nicht nur den inzwischen wieder aus der Spielhalle herauskommenden Skins, sondern auch zwei bewaffneten Zivilpo= lizisten gegenüberzustehen.

Die Polizei - auf dem rechten Auge blind ?!

Schießende Polizisten und gröhlende



Skins im Rücken flohen die Gegende= monstrantInnen in den nahen Schloß= park. Sofort wurde dieser von einem Großaufgebot der Polizei umstellt. Dann gingen diese mit gezogener Waffe auf Menschenjagd. Einige Polizisten mach= ten nach erfolgreicher Suche noch or= dentlich von ihrem Schlagstock Ge= brauch. Ungefähr zur selben Zeit wurde der Treffpunkt der übrigen Demonstra= tionsteilnehmerInnen, das "Flop" von der Polizei umstellt und wenig später gestürmt. Dabei wurden weitere acht Menschen festgenommen. Im Rücken der Polizei hatte sich inzwischen eine

Gruppe bekannter Faschisten aufge= stellt, welche die festgenommenen Leu= te eifrig fotografierte. Von der Poli= zei nicht nur geschützt und geduldet, sondern auch noch tatkräftig unter= stützt, indem sie störende Tücher oder Hände vor den Gesichtern einfach "ent= fernten"....
Innensenator Werner Hackmann äußerte sich in einem Leserbrief an die "taz" vom 25.11.88 zu diesem Verhalten: "... richtig ist, daß von Pressefotografen Fotos gemacht wurden..." und "...ist es gelungen, Auseinandersetzungen mit unkalkulierbaren Risiken für Leben und Gesundheit der Beteiligten zu verhin= dern. Es ist das Verdienst der Poli= zei, daß es nicht dazu kam."

NPD macht erneut Rückzieher

Für den 15.Oktober hatte die NPD Gro= ßes angekündigt. Als Auftakt zum Kom= munalwahlkampf 1989 sollte in Frank= furt eine Großveranstaltung der Nazis stattfinden. Mit zwei Kundgebungen und einer über Lautsprecher nach draußen übertragenen Saalveranstaltung wollte die NPD ihrer Parole "Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben" Nachdruck verleihen.

Die NPD wittert Morgenluft

Seit den Stimmengewinnen der NPD bei den Bundestagswahlen 1987 und den Wah= len zur Bremer Bürgerschaft, bei dem der Wahlzusammenschluß von NPD und DVU (Deutsche Volksunion) zur DVU-Liste D einige Abgeordnetenmandate erringen konnte, wittern die Faschisten auch in der Bundesrepublik Morgenluft. Seit ü= ber 15 Jahren sehen sie nun erstmals Voraussetzungen für eine deutliche Stärkung. Hintergrund dieser Einschät= zung ist die Tatsache, daß die CDU/CSU während ihrer Zeit als Oppositionspar= tei die "Wende" bei der Sozial-, Asyl- und Ostpolitik einforderte, die seit= dem in diese Richtung unternommenen Schritte den Faschisten und Erzreak= tionären jedoch nicht weit genug ge= hen. Die derart "Enttäuschten" sind die wesentliche Zielgruppe der diver= sen Neonazi-Organisationen.





Von AntifaschistInnen unkenntlich gemachte NPD-Wahlwerbung in Kiel

NPD und DVU im Wahlkampf

Das von der NPD und der DVU gegründete Wahlbündnis "DVU - Liste D" hat 1987 in Bremen erstmals an Wahlen teilgenommen. Der Wahlkampf wurde zentral von München, dem Sitz der DVU, gesteuert. Die Kandidaten traten nicht in der Öffentlichkeit auf, sondern wurden den WählerInnen nur in Form von Postwurfsendungen und in Anzeigen bekanntgemacht. Werbetransparente an Flugzeugen und Unmengen Plakate machten den millionenschweren Wahlkampf komplett. Die DVU-Liste D ging einer direkten politischen Auseinandersetzung aus dem Weg!

Ähnlich trat die NPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein auf; auch sie trat nur selten in der Öffentlichkeit mit ihren KandidatInnen auf - und dann waren meist AntifaschistInnen zur Stelle, die die NPD zwangen, ihre Veranstaltungen abzubrechen oder die Büchertische wieder einzupacken. So auch das als Abschluß des Wahlkampfes groß angekündigte "Deutschland-Treffen" der NPD, zu dem für den 3o.April 1988 in die Lübecker Innenstadt geladen worden war. Zwar erhielt die NPD vor Gericht die Erlaubnis, sich auf dem Rathausplatz zu versammeln - über 8oo AntifaschistInnen "besetzten" den Platz im Anschluß an eine Anti-NPD-Demonstration. Die NPD mußte eine weitere Schlappe einstecken.

Frankfurt: Die Auseinandersetzungen im Vorfeld

Die NPD hatte ihre "Eröffnung des Kommunalwahlkampfes" monatelang vorbereitet. Mit einer großen und spektakulären Aktion sollte der Wahlkampf beginnen - in einer Stadt, in der es im letzten Jahrzehnt bei NPD-Treffen oft große Demonstrationen gegeben hatte. 1985 wurde dabei der Antifaschist Günter Sare von der Polizei getötet.

Sobald die Absichten der NPD bekannt wurden, entwickelten sich vielfältige antifaschistische Aktivitäten: Antifaschistische Gruppen riefen dazu auf, den Faschisten keinen Fußbreit zu überlassen; ein breites Bündnis rief zu Demonstrationen und Aktionen auf. Angesichts der zu erwartenden Proteste sah sich der Frankfurter Oberbürgermeister Brück (CDU) am lo.Oktober gezwungen, die NPD-Veranstaltungen zu verbieten. Er begründete dies mit der Gefahr, daß es zu Straßenkämpfen kommen könne, weil die NPD bei ihren Mitgliedern und Sympathisanten die Stimmung angeheizt hätte. Der Mietvertrag für den Veranstaltungssaal wurde der NPD gekündigt, weil sie die looooo.-DM Pfand für den Fall von Beschädigungen nicht fristgerecht bezahlt hatte.

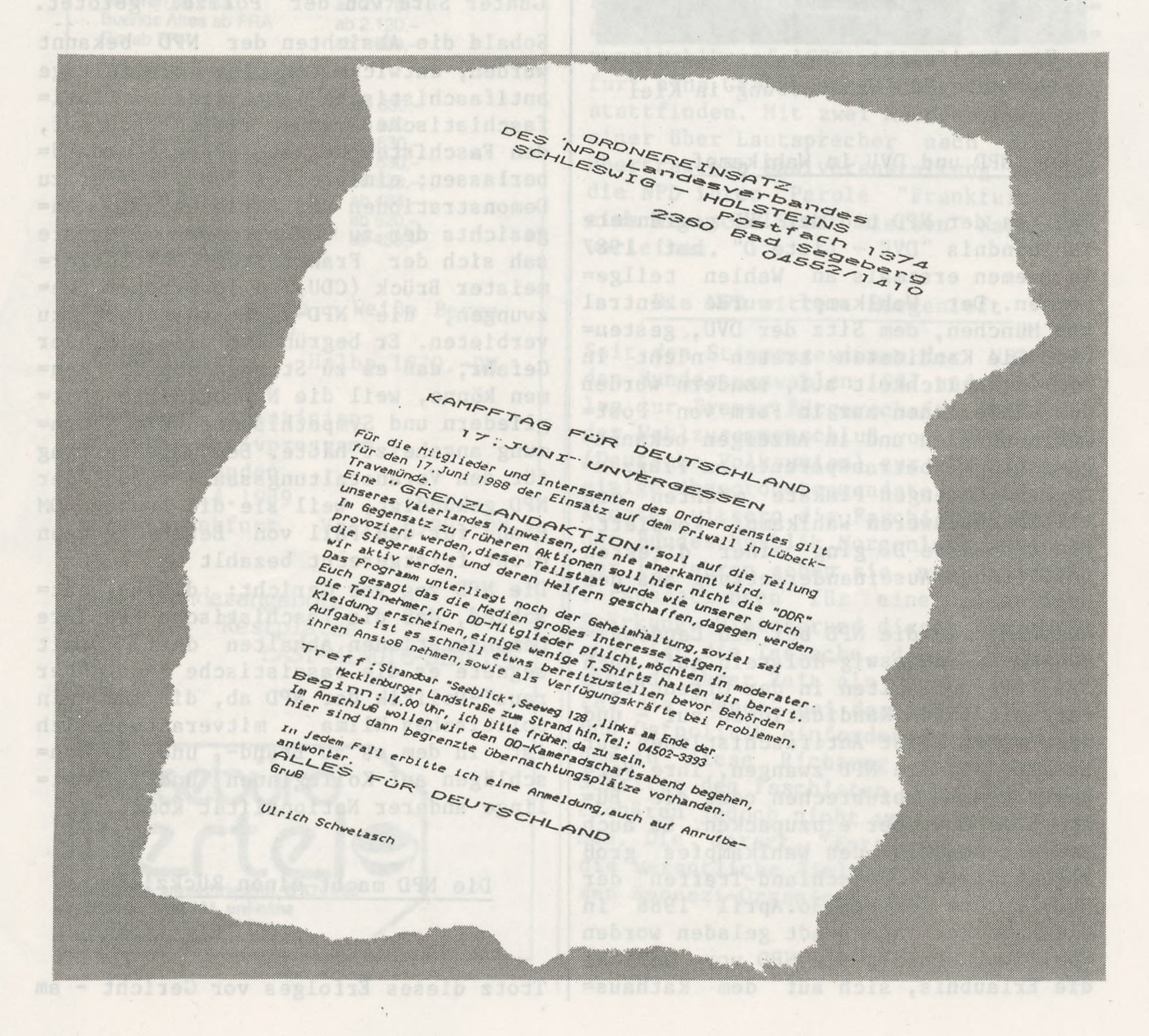
Die NPD zog vor Gericht; dieses entschied, daß die faschistische NPD ihre Demonstrationen abhalten darf. Damit segnete es die rassistische "Ausländer raus"-Politik der NPD ab, die für ein politisches Klima mitverantwortlich ist, in dem es zu Brand- und Mordanschlägen auf KollegInnen und Flüchtlinge anderer Nationalität kommt.

Die NPD macht einen Rückzieher

Trotz dieses Erfolges vor Gericht - am

14.Oktober sagten die NPD-Faschisten alle geplanten Veranstaltungen in der Stadt ab. Als offizielle Begründung führte sie "Gewaltdrohungen von links" an. Das ist jedoch kaum der tatsäch= liche Grund. Zwar sollte die antifa= schistische Demonstration mit bundes= weiter Unterstützung durchgeführt wer= den, aber in der Regel kann sich die NPD darauf verlassen, daß ihre Veran= staltungen von der Staatsmacht gegen protestierende AntifaschistInnen ge= schützt werden. Außerdem verfügt diese faschistische Partei über einen "Ord= nerdienst", der Ende der 60er Jahre durch paramilitärisches Auftreten und den Einsatz von Schußwaffen gegen An= tifaschistInnen für Schlagzeilen sorg= te.

Nein, der Verzicht der NPD ist aus der gegenwärtig verfolgten Taktik zu er= klären, Einbrüche in die traditionelle Wähler- und Anhängerschaft der CDU/CSU zu erzielen. Dabei gibt sich die NPD betont demokratisch und gemäßigt. Und aus diesem Grunde vermeidet sie weit= gehend auch auf die Durchführung von Veranstaltungen bei Wahlkämpfen, wenn dabei Konfrontationen mit Antifaschis= tInnen drohen. Dies gilt auch für Fäl= le, wo es zu Auseinandersetzungen von AntifaschistInnen mit PolizistInnen kommt, weil letztere Veranstaltungen der Faschisten schützen. Sicher, die NPD hat nicht das Geringste dagegen, wenn AntifaschistInnen von der Polizei zusammengeschlagen werden; aber sobald solche Auseinandersetzungen für größe=



ORDNEREINSATZ
DES NPD Landesverbandes
SCHLESWIG – HOLSTEINS
Postfach 1374
2360 Bad Segeberg
04552/1410

KAMPFTAG FÜR DEUTSCHLAND
17. JUNI UNVERGESSEN

Für die Mitglieder und Interssenten des Ordnerdienstes gilt für den 17.Juni 1988 der Einsatz auf dem Priwall in Lübeck-Travemünde.
Eine „GRENZLANDAKTION" soll auf die Teilung unseres Vaterlandes hinweisen,die nie anerkannt wird.
Im Gegensatz zu früheren Aktionen soll hier nicht die "DDR" provoziert werden,dieser Teilstaat wurde wie unserer durch die Siegermächte und deren Helfern geschaffen,dagegen werden wir aktiv werden.
Das Programm unterliegt noch der Geheimhaltung,soviel sei Euch gesagt das die Medien großes Interesse zeigen.
Die Teilnehmer,für OD-Mitglieder pflicht,möchten in moderater Kleidung erscheinen,einige wenige T.Shirts halten wir bereit.
Aufgabe ist es schnell etwas bereitzustellen bevor Behörden ihren Anstoß nehmen,sowie als Verfügungskräfte bei Problemen.

Treff: Strandbar "Seeblick",Seeweg 128 ,links am Ende der Mecklenburger Landstraße zum Strand hin.Tel: 04502-3393
Beginn: 14.00 Uhr, ich bitte früher da zu sein.
Im Anschluß wollen wir den OD-Kameradschaftsabend begehen, hier sind dann begrenzte Übernachtungsplätze vorhanden.

In jedem Fall erbitte ich eine Anmeldung,auch auf Anrufbeantworter.
ALLES FÜR DEUTSCHLAND
Gruß

Ulrich Schwetasch

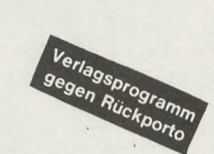
re Schlagzeilen sorgen, werden sie auch mit der NPD in Verbindung ge= bracht. Dies versucht diese faschis= tische Partei zur Zeit möglichst zu vermeiden.

Die antifaschistische Demonstration

Am 15.Oktober führten antifaschisti= sche Organisationen dann trotz der Ab= sage der NPD ihre Demonstration zum Frankfurter Merianplatz durch. Dort hatte sich eigentlich die NPD versam= meln wollen. Zunächst hatte die Stadt Frankfurt den Demonstrationsweg durch den Stadtteil Bornheim untersagt. Ge= rade dort war es den AntifaschistInnen jedoch wichtig, ihre Solidarität zu bekunden, war es in Bornheim in letz= ter Zeit doch gehäuft zu Brandstiftun= gen an türkischen Geschäften gekommen. Auch wenn letztlich die Demonstration durch diesen Stadtteil geführt werden konnte, wurde die Absicht der poli= tisch Verantwortlichen deutlich: Fahr= zeugkontrollen im Vorfeld der Demo und der Einsatz von über 15 Polizei-Hun= dertschaften dienten der Einschüchte= rung und Kriminalisierung der Antifa= schistInnen. Oder welch anderer Ein= druck entsteht, wenn neben einer De= monstration rechts und links Polizis= ten in Viererreihen marschieren ?!

25oo AntifaschistInnen nahmen an die= ser Demonstration teil, die trotz der genannten Provokation der Polizei zu Ende geführt werden konnte. In den Re= debeiträgen wurde der faschistische Charakter der NPD ebenso herausgehoben wie die Zusammenhänge zwischen den "Ausländer raus"-Parolen der NPD und der von der Regierung betriebenen Po= litik gegen die hier lebenden Auslän= derInnen. Trotz der relativ geringen Teilnehmerzahl war diese Demonstration ein wichtiger Erfolg gegen die NPD.







Das Antifa-Plenum Kiel

Das Antifa-Plenum Kiel ist im Frühsom= mer 1987 aus dem Bedürfnis nach ver= besserter Zusammenarbeit unter Kieler AntifaschistInnen entstanden. Diese Zusammenarbeit beinhaltet, die Aktivi= täten der Faschisten zusammenzutragen, auszuwerten und so antifaschistische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dabei schließen wir bewußt keine Form des antifaschistischen Kampfes aus.

Warum tun wir etwas gegen Faschisten ?

Faschismus ist kein Abschnitt der Ge= schichte, der vergangen ist. Faschis= tisches Ge= dankengut existiert auch heute und findet seinen Aus= druck z.B. in der Pro= paganda von rechtsradi= kalen Par= teien, wie etwa NPD, FAP, DVU, in Übergriffen organisierter Schläger= trupps und einzelnen Nazis (z.B. Skin= heads).

Wir setzen in unserer antifaschisti= schen Arbeit Schwerpunkte, welche die Möglichkeit bieten, praktisch aktiv zu werden und bereits da ansetzen, wo Na= zis sich Räume geschaffen haben, um Versammlungen und öffentliche Veran= staltungen zur Verbreitung ihrer Ideo= logie abzuhalten.

Die praktische Erfahrung hat uns ge= zeigt, daß wir uns nicht auf Staats= schutz und Polizei verlassen können, wenn wir den wachsenden Einfluß von rechtsradikalen Parteien und deren Angriffe auf uns und andere verhin= dern wollen. Faschistische Aktivitä= ten sind keine Ausnahmefälle oder gar Randerscheinungen, sondern stehen im= mer im Bezug zur jeweiligen Gesell= schaftsform, in der wir leben, sowie der jeweiligen Politik, die von den Herrschenden in diesem Land durchge= setzt wird.

Solche Zusammenhänge zeigen sich z.B. zwischen der staatlich betriebenen Ausländer-Vertreibungspolitik und der Hetze faschistischer Gruppen gegen ausländische KollegInnen. Sie lassen sich auch, um noch ein Bei= spiel zu nennen, bei den Wünschen und Forde= rungen nach Rück= holung der ehemaligen deutschen Gebiete in den heutigen Staatsgebieten der DDR, Polens, der CSSR und der Sowjet= union erkennen.

Zusammenhänge bestehen in Form perso= neller und inhaltlicher Verknüpfungen im rechten Lager, die von der FAP bis hin zu konservativen Parteien wie der CDU/CSU reichen. In unserer antifa= schistischen Arbeit berücksichtigen wir auch diese Entwicklungen und neh= men zu ihnen Stellung.

Wir unterstützen andere Gruppen durch Informationsmaterial und Referenten.

Wer Interesse an unserer Arbeit hat oder die Unterstützungsangebote in An= spruch nehmen möchte, ist herzlich willkommen. Wir treffen uns jeden 1. und 3.Sonntag im Monat um 19.oo UHR im Initiativenzentrum in der Schweffelstr. 6 im Hinterhof.